



Presseerklärung des Sicherheitsrats zu Libyen

NEW YORK, 1. September 2022 – Die Mitglieder des Sicherheitsrats verurteilten die gewaltsamen Zusammenstöße, die am 27. August 2022 von bewaffneten Gruppen in Tripolis verübt wurden und die zu Opfern unter der Zivilbevölkerung und zur Zerstörung ziviler Infrastruktur führten. Sie forderten alle Parteien auf, die vor Ort herrschende Ruhe zu bewahren.

Die Mitglieder des Sicherheitsrats forderten die libyschen Parteien auf, das Völkerrecht zu achten, insbesondere die Bestimmungen zum Schutz von Zivilpersonen, und sie forderten alle Parteien nachdrücklich auf, den uneingeschränkten, sicheren und ungehinderten Zugang für humanitäre Hilfe zuzulassen und zu erleichtern. Sie forderten ferner alle libyschen Parteien auf, Gewalt und alle sonstigen Handlungen zu unterlassen, die die Spannungen verschärfen und den politischen Prozess oder die Waffenruhe vom 23. Oktober 2020 in Libyen untergraben könnten, die uneingeschränkt umzusetzen ist, unter anderem indem alle ausländischen Kräfte, ausländischen Kämpfer und Söldner ohne weitere Verzögerung aus dem Land abgezogen werden.

Die Mitglieder des Sicherheitsrats bekräftigten, dass es in Libyen keine militärische Lösung geben kann, und forderten alle libyschen Parteien nachdrücklich auf, sich unter Vermittlung durch die Vereinten Nationen auf einen Weg zu einigen, der über Dialog, Kompromissbereitschaft und konstruktives Engagement und auf transparente und alle Seiten einschließende Weise zur möglichst baldigen Abhaltung landesweiter Präsidentschafts- und Parlamentswahlen führt. In diesem Sinne forderten sie den Generalsekretär auf, unverzüglich eine Sonderbeauftragte oder einen Sonderbeauftragten des Generalsekretärs zu ernennen. Sie betonten ferner, wie wichtig ein alle Seiten einschließender, umfassender nationaler Dialog und Aussöhnungsprozess ist, der unter anderem auf die Bildung einer vereinten libyschen Regierung abzielt, die in der Lage ist, die öffentlichen Belange im ganzen Land wahrzunehmen und das gesamte libysche Volk zu vertreten. Sie forderten die uneingeschränkte, gleichberechtigte, wirksame und konstruktive Teilhabe der Frauen auf allen Ebenen, auch in Führungspositionen, und an allen Aktivitäten und Entscheidungsprozessen im Zusammenhang mit dem demokratischen Übergang, der Konfliktlösung und der Friedenskonsolidierung sowie die Einbeziehung junger Menschen und die Vertretung der Zivilgesellschaft.

Die Mitglieder des Sicherheitsrats erinnerten daran, dass die in Resolution [1970 \(2011\)](#) festgelegten und mit späteren Resolutionen geänderten Maßnahmen auch auf Personen und Einrichtungen Anwendung finden, die nach Feststellung des Sanktionsausschusses der Vereinten Nationen für Libyen Handlungen begangen oder unterstützt haben, die den Frieden, die Stabilität oder die Sicherheit Libyens bedrohen oder den erfolgreichen Abschluss seines politischen Übergangsprozesses behindern oder untergraben, unter anderem durch die Behinderung oder Untergrabung der Wahlen. Sie forderten ferner, dass alle Mitgliedstaaten das mit Resolution [1970 \(2011\)](#) verhängte und mit späteren Resolutionen geänderte Rüstungsembargo vollständig einhalten.

Die Mitglieder des Sicherheitsrats verlangten erneut, dass alle Parteien ihre Verpflichtungen nach dem Völkerrecht, einschließlich des humanitären Völkerrechts, einhalten, und betonten, dass die für Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht und für Menschenrechtsverletzungen und -übergriffe Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden müssen.

22-21296 (G)

